

## **Rede des Niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil zur Aktuellen Stunde im Landtag am 15. Mai 2024 „Gegen Hass und Hetze – gemeinsam für eine wehrhafte Demokratie“**

Sehr geehrte Frau Präsidentin,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Angriff auf Matthias Ecke hat völlig zu Recht in unserer Gesellschaft viel Betroffenheit, Abscheu und Empörung ausgelöst. Und wir müssen uns klarmachen: Das ist die Spitze, aber es ist die Spitze eines Eisbergs. Darunter liegen viele Angriffe, viele Bedrohungen, viel Hass gegen Menschen, die sich für unsere Demokratie einsetzen und die bereit sind, auch in Ämtern sich für diese Demokratie einzusetzen. Immer wieder verweisen zum Beispiel die kommunalen Spitzenverbände auf das, was in der Kommunalpolitik von Demokratinnen und Demokraten auszuhalten ist. Und deswegen sage ich im vollen Bewusstsein: Das war ebenso wie alle anderen Taten, ein Anschlag auf die Demokratie, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Demokratie lebt davon, dass wir uns argumentativ auseinandersetzen, aber dass wir keine Angst davor haben dürfen, uns politisch zu engagieren. Es ist völlig zu Recht gesagt worden, was hinter solchen Anschlägen steht: Das ist mit Sicherheit auch, wenn nicht sogar in erster Linie, der Versuch, abzuschrecken, abzuschrecken, von demokratischem Engagement, abzuschrecken, in diesem konkreten Fall davon, im Wahlkampf zu plakatieren. Und wer sich so verhält, der geht gegen die Wurzeln unserer Demokratie vor. Aber es wäre zu kurz gegriffen, wenn wir den Blick nur auf die Täter richten. Ich empfehle, dass wir wirklich die Erkenntnisse aus der sogenannten „Mitte-Studie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung sehr ernst nehmen. Das sage ich jetzt nicht wegen den Herausgebern, sondern weil diese Studie seit vielen Jahren mit immer denselben Fragen das politische Barometer in unserer Gesellschaft misst. Und ich finde, wir müssen das sehr ernst nehmen, wenn auf die Aussage: „Einige Politiker haben es verdient, wenn die Wut gegen sie auch mal in Gewalt umschlägt“ von fast 13 Prozent der Befragten entweder voll und ganz oder eher zugestimmt wird. Eine dramatische Steigerung gegenüber der vorangegangenen Untersuchung.

Das sind die Wurzeln, die später dann diese tätlichen Übergriffe erst möglich machen. Also machen wir es uns nicht zu leicht, sondern sehen wir schon, dass es hier auch um einen Kern von Stimmung in einem allzu großen Teil unserer Gesellschaft geht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, und vergessen wir auch nicht, dass es auch zu Recht gesagt worden ist: Es geht nicht nur um Politikerinnen und Politiker, es geht beispielsweise auch um Angehörige der Rettungsdienste, die auch in Niedersachsen vor Kurzem wieder Opfer von Angriffen geworden sind. Es geht erkennbar darum,

Menschen, die sich für unsere Gesellschaft einsetzen, einzuschüchtern. Und das darf man nicht zulassen, wenn man es gut mit unserer Demokratie meint, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Und ich will deutlich sagen: Für die Landesregierung gibt es keine gute oder schlechte Form von Gewalt. Gewalt hat in der politischen Auseinandersetzung schlichtweg nichts zu suchen - jedenfalls in einer Demokratie. Und deswegen sage ich das auch betont mit Blick auf den Vorfall in Nordhorn am 4. Mai, der den Kollegen Kühnlentz betroffen hat. Auch dafür gelten diese Aussagen voll und ganz. Hinzufügen möchte ich aber eins – wenn zum Beispiel aus Anlass dieses Vorfalls Sie, Herr Wichmann, sich einmal die Frage stellen sollten: Was haben wir denn womöglich dazu beigetragen, dass ein solches gesellschaftliches Klima herrscht, dann empfehle ich Ihnen die Lektüre des Urteils des Oberverwaltungsgerichts Münster. Sie werden darin viele Beispiele dafür finden, warum viele Menschen in dieser Gesellschaft den Eindruck haben, die AfD sei eine Gefahr für unsere Demokratie. Hören Sie auf mit dieser maßlosen Zuspitzung, dann haben Sie einen Teil dazu beigetragen, dass wir wieder auf einem besseren Weg miteinander uns auseinandersetzen können.

Der Staat, das ist völlig klar, muss beispielsweise Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer so gut wie möglich, so wirksam wie möglich schützen. Dass das nicht zu 100 Prozent möglich ist, wissen wir alle. Der Staat muss auch reagieren, da, wo wir der Täter habhaft geworden sind.

Ich habe die Kolleginnen Kathrin Wahlmann und Daniela Behrens gebeten, soweit das in ihren Möglichkeiten steht, zum Beispiel auch auf eine beschleunigte Durchführung von Verfahren, wie aus Anlass des Vorfalls in Nordhorn zu sorgen. Und ich unterstütze nachdrücklich den Vorschlag von Kathrin Wahlmann, dass wir in der Tat auch über das Strafrecht reden müssen, aber nicht über den Strafrahmen. Das ist der übliche Reflex, wenn irgendetwas passiert, muss der Strafrahmen erhöht werden. Wobei alle, die sich ein bisschen näher damit beschäftigen, wissen, dass damit nichts gewonnen ist. Es muss um die ganz konkrete Strafzumessung gehen. Und wer aus demokratiefeindlicher Gesinnung heraus beispielsweise Körperverletzung begeht, der muss das zu spüren bekommen. Wir sind eine wehrhafte Demokratie, meine sehr verehrten Damen und Herren, und das muss auch zum Ausdruck kommen!

Aber, und das soll meine letzte Bemerkung sein, wir brauchen auch eine deutliche Reaktion in der Gesellschaft. Ganz konkret Widerspruch, wenn irgendwo Verständnis für Gewalt geäußert wird, ganz konkret auch die Bereitschaft, zum Beispiel der Polizei Bescheid zu sagen, wenn man sieht, dass irgendwo Wahlplakate beschädigt werden. Und vor allen Dingen, und das sage ich auch mit Blick auf den 75. Geburtstag unseres Grundgesetzes: überall und massenhaft und flächendeckend ein

ganz starkes Engagement für unsere Demokratie und das schließt ausdrücklich ein unser Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.